

Sozialstaat

Die Kostenübernahme-Falle

Den Bürgern in schwierigen Situationen wieder auf die Beine zu helfen, ist eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats. Doch manch eine Hilfe demotiviert die Empfänger eher als sie dazu anzuspornen, selbst in eine bessere Zukunft zu investieren. Ein Beispiel liefert das Thema Wohnen. So sind die Regelungen zur Wohnkostenübernahme für die Bezieher von Arbeitslosengeld (ALG) II wenig realitätsbezogen. Weil Miet- und Heizkosten bis zu einer bestimmten Grenze ohnehin vom Staat getragen werden, lohnt es sich für die Betroffenen nicht, Energie zu sparen. Vor allem aber gibt es aufgrund der Kostenübernahme keinen Anreiz, in eine günstigere Wohnung umzuziehen oder den Wohnort zu wechseln – etwa für einen Job, der ein Zubrot zum Arbeitslosengeld bringt. Damit wird der Weg zurück in eine reguläre Beschäftigung ein Stück weit verbaut. Deshalb sollte der Staat lieber langfristige Perspektiven fördern, indem er den ALG-II-Empfängern beispielsweise die Möglichkeit einräumt, das Geld nicht fürs Wohnen, sondern für Bildungszwecke auszugeben.

Dominik Enste, Detlef Fetchenhauer, Ilona Riesen: Sozialstaatsfallen, Erwerbsanreize und soziale Mobilität – Eine ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Analyse, IW-Analysen Nr. 42, Köln 2008, 80 Seiten, 17,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.divkoeln.de

Gesprächspartner im IW: **Dr. Dominik Enste, Telefon: 0221 4981-730**

Sozialstaat

Fallen statt Hilfen

Die Bürger in schwierigen Situationen zu unterstützen und ihnen wieder auf die Beine zu helfen, ist die zentrale Aufgabe des Sozialstaats. Doch manch eine Hilfe ist nicht wirklich durchdacht. Die Empfänger werden unter bestimmten Umständen eher demotiviert statt dazu angespornt, selbst in eine bessere Zukunft zu investieren. Dies zeigt eine gemeinsame Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und der Universität zu Köln.*)

Manch einem Bürger wird am Frühstückstisch dieser Tage flau, wenn er in die Zeitung schaut. Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmen die Schlagzeilen, eine Besserung ist wohl erstmal auch nicht in Sicht. Nicht zuletzt solche Nachrichten tragen dazu bei, dass die Deutschen nach mehr sozialer Gerechtigkeit durch staatliche Eingriffe rufen. Dagegen spricht zunächst nichts – solange es um Chancengerechtigkeit und soziale Mindestsicherung geht. Schließlich ist es eine Hauptaufgabe des Sozialstaats, diejenigen zu unterstützen, die sich aufgrund mangelnder Leistungsfähigkeit oder unglücklicher Lebensumstände nicht selber versorgen können.

Die Schwierigkeit für die Politik liegt darin, die richtige Balance zu finden. Sie soll sicherstellen, dass Leistung belohnt und gefördert wird. Gleichzeitig soll aber auch ein sozialer Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen stattfinden und die individuelle Freiheit gewahrt bleiben. Dabei gilt: Was kurzfristig hilft, kann langfristig schaden – und der einst mündige Bürger droht zum Almosenempfänger zu werden. Beispiele für derartige Sozialstaatsfallen gibt es viele:

Asylbewerber dürfen oft nicht arbeiten, um ihren Unterhalt selbst zu finanzieren; für Empfänger von Arbeitslosengeld II lohnt es sich dagegen kaum, sich noch etwas hinzu zu verdienen. Denn jenseits der Freibeträge bleiben ihnen von zusätzlich erarbeiteten 100 Euro höchstens 20 Euro, oft noch weniger.

*) Vgl. Dominik Enste, Detlef Fetchenhauer, Ilona Riesen: Sozialstaatsfallen, Erwerbsanreize und soziale Mobilität – Eine ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Analyse, IW-Analysen Nr. 42, Köln 2008, 80 Seiten, 17,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.divkoeln.de

Ebenso ungünstig sieht es beim Thema Wohnen aus: Hier gelten vergleichsweise hohe Standards. Das Sozialgericht Dresden hat zum Beispiel entschieden, dass eine von Arbeitslosengeld II (ALG II) lebende Familie einen Anspruch auf ein Zimmer pro Familienmitglied hat, sobald es ein Jahr alt ist. Ein Vergleich mit der deutschen Wirklichkeit zeigt jedoch, dass dies weit über eine Grundsicherung hinausgeht (Grafik):

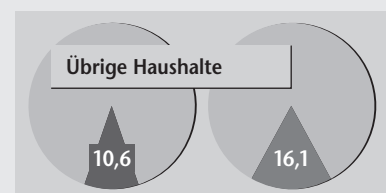
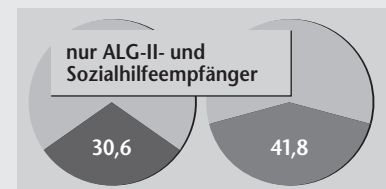
In knapp 42 Prozent der Transferempfängerhaushalte haben Kinder oder auch Eltern kein eigenes Zimmer, bei den übrigen Haushalten sind es rund 10 Prozent.

Wohnraum: Hoher Standard

Eine alleinstehende Person hat in Deutschland sozialrechtlich Anspruch auf 45 bis 50 Quadratmeter Wohnraum, eine vierköpfige Familie auf 85 bis 90 Quadratmeter bzw. vier Zimmer. So viel Prozent der Haushalte hatten im Jahr 2005 weniger zur Verfügung, als ihnen so bemessen zusteht

Gemessen an der
Quadratmeterzahl

Gemessen an der
Anzahl der Räume



Ursprungsdaten:
Sozio-ökonomisches Panel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zieht man als Richtwert die Quadratmeterzahl der Wohnung heran, sieht es nicht viel anders aus. So stehen zum Beispiel einer alleinstehenden Person sozialrechtlich 45 bis 50 Quadratmeter Wohnraum zu, einer vierköpfigen Familie 85 bis 90 Quadratmeter.

Hierzulande haben über 30 Prozent der ALG-II- und Sozialhilfeempfänger ein zu kleines Zuhause, von den übrigen Steuern und Abgaben zahlenden Haushalten sind es mehr als 10 Prozent.

Wenig realitätsbezogen sind auch die Regelungen zur Wohnkostenübernahme für ALG-II-Bezieher: Die Miet- und Heizkosten werden bis zu einer bestimmten Grenze übernommen. Für die Betroffenen lohnt es sich somit aber nicht mehr, Energie zu sparen – im Gegenteil, sie müssten auf Wärme und Komfort verzichten, ohne dafür mehr Geld in der Tasche zu haben.

Durch die Wohnkostenübernahme gibt es außerdem keinen Anreiz, in günstigere Wohnungen umzuziehen oder gar den Wohnort zu wechseln – zum Beispiel für einen Job, der ein Zubrot zum Arbeitslosengeld bringt. Damit wird den Hilfeempfängern auch ein Stück Zukunft verbaut, denn der Sprung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist nach langer Arbeitslosigkeit oft schwer.

Für die Politik empfiehlt sich daher ein Strategiewechsel: Statt großzügiger Zahlungen für Miete und Co. sollte der Staat lieber langfristige Perspektiven fördern – indem er beispielsweise die Möglichkeit gibt, das Geld statt fürs Wohnen für Bildung oder gesundes Essen auszugeben. Die Wohnkosten könnten zu diesem Zweck pauschal mittels eines Gutscheins erstattet werden. Der Empfänger müsste dann entscheiden, ob er diesen Betrag in die eigenen vier Wände investiert oder doch lieber günstiger wohnt und sparsamer beim Energieverbrauch ist, dafür aber beispielsweise eine Weiterbildung finanziert.

Mit besserer Bildung und mehr Mobilität lässt sich auch vermeiden, dass ALG-II-Bezieher ihren sozialen Status vererben – denn dies geschieht recht häufig. Vor allem jene Menschen, die in Deutschland am wenigsten verdienen, bleiben oft ihr Leben lang in ihrer Einkommensgruppe (Grafik):

Fast zwei Drittel der einkommensschwächsten Bevölkerungsschicht haben es zuletzt nicht geschafft, den sozialen Aufstieg zu bewerkstelligen.

Zudem ist seit Mitte der achtziger Jahre die Verweilquote in den unteren Einkommensgruppen gestiegen – das bedeutet, dass die Aufstiegschancen in den zurückliegenden 20 Jahren abgenommen haben.

Auch auf der anderen Seite der Einkommensskala tut sich wenig. Rund zwei von drei einkommensstarken Bürgern mussten sich keine Gedanken über einen sozialen Abstieg machen – ein bisher über die Jahre hinweg weitgehend unveränderter Wert.

Die soziale Zugehörigkeit zu einer Schicht ist in Deutschland demnach stark vorgegeben. Der sogenannte Sozialstaatsurvey der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 zeigt, dass dies die Bevölkerung auch so wahrnimmt:

Rund 80 Prozent der Deutschen glaubten laut der aktuellen Regierungsumfrage, dass nur der reich wird, der – etwa von den Eltern – bereits ein ordentliches Startkapital mit auf den Weg bekommen hat und über gute Beziehungen verfügt.

Fähigkeiten und Begabungen (68 Prozent) oder harte Arbeit (53 Prozent) sind aus Sicht der Befragten weitaus seltener die Quellen für Reichtum und Wohlstand. Somit sehen große Teile der Bevölkerung generell keinen oder einen nur geringen Zusammenhang zwischen Reichtum und persönlicher Leistung.

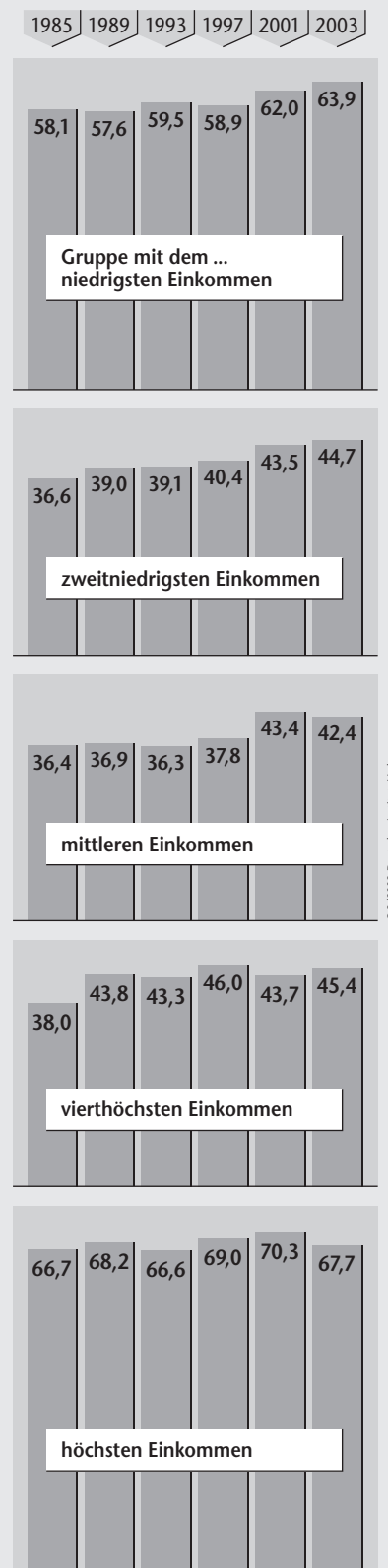
Dies ist umso bedenklicher, da auch aus diesem Grund immer weniger Menschen die Soziale Marktwirtschaft für ein Erfolgsmodell halten:

Sagten in den neunziger Jahren nur rund 20 Prozent der Befragten, die deutsche Wirtschaftsordnung habe sich nicht bewährt, waren dies im Oktober 2008 mit 40 Prozent doppelt so viele.

Die Fakten werden dabei allzu leicht ausgeblendet. Denn gerade dank der auf Freiheit und Wettbewerb basierenden Wirtschaftsordnung hat sich der Wohlstand – gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – hierzulande seit 1950 fast versechsfacht (vgl. iwD 25/2008).

Soziale Mobilität: Bewegliche Mitte

So viel Prozent der in diesen Jahren zur jeweiligen Einkommensschicht zählenden Bevölkerung gehörten auch drei Jahre später noch zu dieser Gruppe



Gruppierung: nach Einkommensfünfteln; bis 1992 nur Westdeutschland; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt